PB.L-01-198

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 197 bis 199 einfügen:
Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen wir das überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren Willen - für Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Bis Ende 2022 wollen wir mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abschalten. Für die Zeit nach 2022 brauchen wir einen verbindlichen Abschaltplan der restlichen Kohlekraftwerke. Wir machen uns dafür stark die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln. Wir werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke einsetzen. Um nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden

Begründung

Die Forderungen entsprechen genau den Konzepten eines Kohleausstiegsgesetzes von der Bundesdelegiertenkonferenz in Bielefeld, 16.11.2019: Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf

dort heißt es in den Zeilen 359-367:

"[...]Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen wir das überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren Willen - für Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Wir machen uns daher dafür stark:

• über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abzuschalten.

• einen verbindlichen Abschaltplan der Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022. Wir werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke einsetzen.

• die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln."

weitere Antragsteller*innen

Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Birgitta Tremel (Hannover RV); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Erich Minderlein (KV Ortenau); Sascha Heußen (KV Köln); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Judith Esposito (KV Rhein-Hunsrück); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Dorothea Meinold (KV Koblenz); Achim Stump (KV Köln); Kevin Klüglein (KV Coburg-Stadt); Maximilian Kowol (KV

Ostprignitz-Ruppin); Marvin Schuth (KV Köln); Ole Menzel (KV Rhein-Hunsrück); Max Benke (KV Rhein-Hunsrück); Christoph Rauland (KV Koblenz); Tarek-Maximilian Janowski (KV Düsseldorf); Anna-Lena Friedrich (KV Rhein-Hunsrück); Teodora Esposito (KV Rhein-Hunsrück)